



## Fußball, Filme, Fans

Das Berliner 11 mm-Fußballfilmfestival bietet eine Bühne für Enthusiasten. Während in den großen Arenen der Sport zum bloßen Geschäft verkommt, werden hier Geschichten von Liebe erzählt. **Seite 3**



## Aktiv im Alter

Ganzheitliche Wassergymnastik als idealer Seniorensport / »Wenn ich durch die Lupe schaue, tun sich Welten auf« / Auf der Bühne sind alle Schmerzen weg – Seniorenballett **Heute im ND-Extra**



## Morgen in ND

Die politische Konkurrenz verteuerte ihn umgehend, den Entwurf des Grundsatzprogramms der Partei DIE LINKE. Morgen finden Sie das Original komplett in ND.

## Standpunkt

### Borniert

Von Martin Ling

Mit nationaler Borniertheit werden die Finanzprobleme schwächerer EU-Staaten nicht zu bewältigen sein. Es ist schon reichlich grotesk, dass eine Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen den Blick der Bundeskanzlerin Angela Merkel derart trübt, dass die gelernte Naturwissenschaftlerin öffentlich zu einer nüchternen Problemanalyse nicht mehr im Stande ist. So richtig es ist, dass in Griechenland über Jahre statistische Mausechelen, Korruption und Steuerhinterziehung weit über dem EU-Durchschnitt lagen und damit ein Teil der Haushaltskrise hausgemacht ist, so falsch ist es, die griechische Krise Athen ausschließlich anzulasten. Von der Bundeskanzlerin, die unsoliden Staaten als »Ultima ratio« mit dem Rauswurf aus dem Euro droht, war bisher kein Wort davon zu hören, dass EU-Geburtsfehler und die auf regressiver Reallohnpolitik beruhende aggressive deutsche Exportstrategie ein gehöriges Scherflein zu den Haushaltsproblemen Griechenlands und anderer EU-Staaten beigetragen haben. Die Ungleichgewichte wie zu Vor-Euro-Zeiten durch Abwertungen der Schwachwährungen notwendig zu begründen, geht bei einer Einheitswährung nicht mehr.

Umso mehr rächt sich das jahrzehntelange Versäumnis, eine gemeinschaftliche wirtschaftspolitische Konzeption zu entwickeln. Die Forderung, eine europäische Wirtschaftsregierung zu machen, ist immer wieder insbesondere von Deutschland zurückgewiesen worden. Diese nationale Borniertheit kommt nun alle teuer zu stehen.

## Unten links

Am Anfang war das – Brot. Als Jesus sich mit seinen Jüngern zum letzten Abendmahl niederließ, nahm er ein Brot, brach und verteilte es. Sonst nichts. Nur trocken Brot. Kein Schokoaufstrich, keine Nahrungsergänzungsmittel, keine Getränke. Glückliche Menschen damals; sie brauchten keine Lebensmittelampel für Zusatzstoffe, denn das Brot kam noch vom richtigen Bäcker und nicht aus den Labors der Lebensmittelindustrie. So frugal haben es auch die frühen Maler dargestellt. Seitdem, stellten Wissenschaftler fest, wurden auf den Abendmahl-Gemälden die Tafeln immer üppiger gedeckt. Wein kam dazu, Fisch, Fleisch. Die Portionen wurden größer; nicht umsonst geißelte Luther die Völlerei als Todsünde. Wer heute ein preiswertes Abendmahl plant, geht zur Happy Hour ins XXL-Schnitzelparadies. Oder er fährt zum Drive In beim Burgerbräter. Oder er lässt den Pizzaboten kommen. Und kriegt auf die Rechnung noch Rabatt fürs nächste Mal. Aber den brauchte Jesus ja nicht. *wh*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 1,70/1,90 EUR;  
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

# Merkel drängt Euroland auf Linie

Beim Streit um die Behebung des griechischen Finanzdesasters gibt Deutschland den Ton an

Bundeskanzlerin Merkel hat Finanzhilfen der Europäischen Union für Griechenland in einer Regierungserklärung am Donnerstag erneut eine Absage erteilt. Im wochenlangen Streit innerhalb der Europäischen Union um Finanzhilfen für das hoch verschuldete Land zeichnet sich damit ein Kompromiss auf der von der Bundesregierung und Frankreich vorgegebenen Linie ab.

Berlin/Brüssel (dpa/ND). Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich zu internationalen Hilfen zur Rettung Griechenlands vor einem Staatsbankrott bekannt. Athen könne auf eine »Kombination« aus bilateralen Hilfen von EU-Partnern und Unterstützung des Internatio-

Deutschland zwingt EU auf neokolonialistischen Kurs **Seite 6**  
Kann europäischer Währungsfonds für mehr Stabilität sorgen? **Seite 17**

nalen Währungsfonds (IWF) bauen, sagte Merkel. Dies sei aber nur die »ultima ratio« (letztes Mittel), wenn ein Euroland kein Kapital auf den Märkten mehr bekomme. Vor dem Bundestag nannte sie am Donnerstag vor dem EU-Gipfel in einer Regierungserklärung zugleich die Stabilität des Euros als oberstes Ziel deutscher Politik.

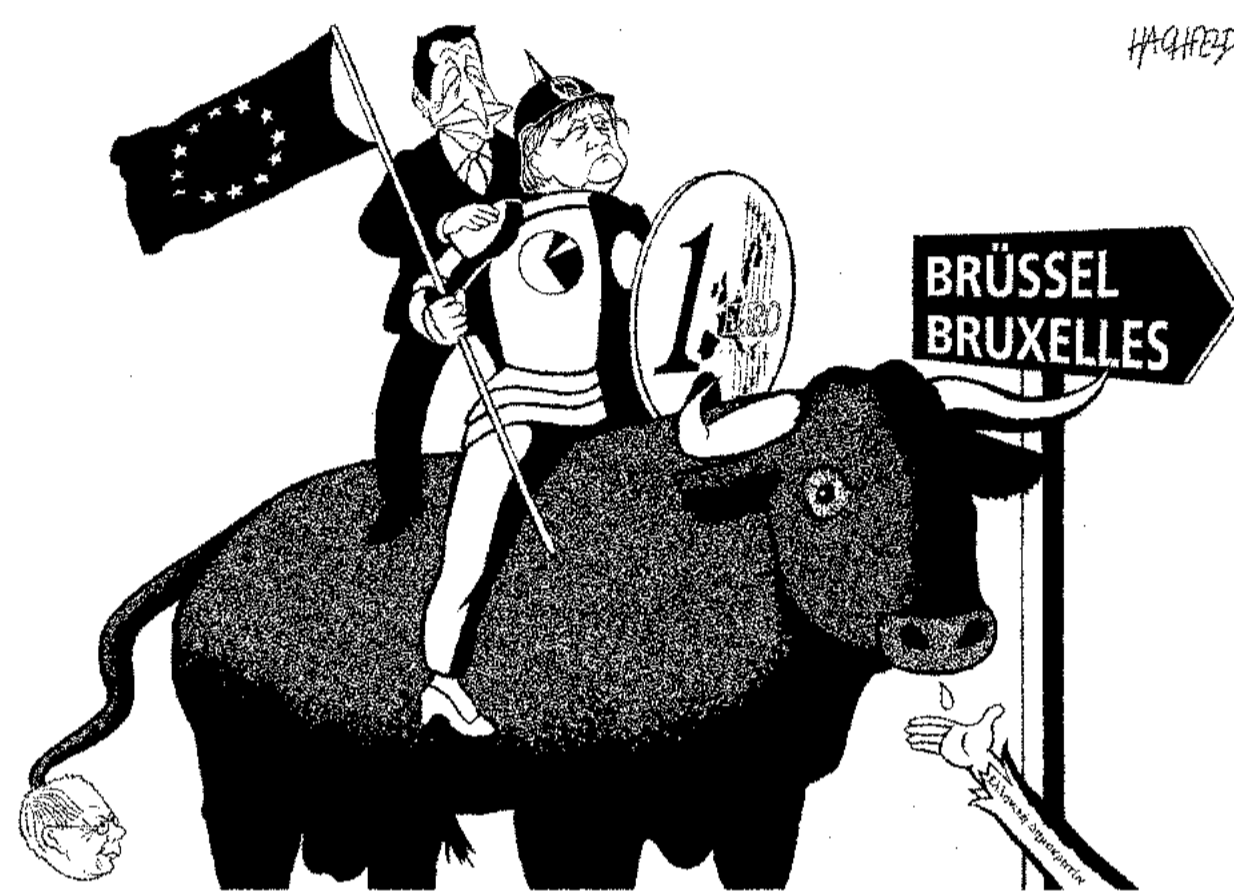
»Es geht nicht um konkrete Hilfen, sondern um eine Spezifizierung und Fortschreibung der Entscheidungen vom 11. Februar.« Damals hatte ein Sondergipfel der EU eine Rettungsaktion ins Auge gefasst, um die Finanzmärkte zu beruhigen. Überschattet ist der jetzige Gipfelaufakt von der Gefahr, dass nach Griechenland auch das Euroland Portugal in eine akute Schuldenkrise rutscht.

Merkel zeigte sich entschlossen, den europäischen Stabilitätspakt gegen Trickereien zu rüsten. Griechenland habe den Stabilitätspakt bewusst unterlaufen. Darauf sei der Pakt bisher nicht eingestellt

Während der frühere Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) die zögerliche Informationspolitik der Bundesregierung nach dem verheerenden Bombardement in Afghanistan am Donnerstag rechtfertigte, wurde bekannt, dass ein BND-Bericht über zivile Opfer bereits Stunden nach dem Angriff im Kanzleramt vorlag.

Berlin (dpa/ND). Ex-Minister Jung sagte vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Kundus-Affäre, ihm sei es darum gegangen, Öffentlichkeit und Parlament »wahrheitsgemäß und korrekt« zu informieren. Deswegen sei er mit den ersten Mitteilungen über Opferzahlen vorsichtig umgegangen. Die damalige Informationslage sei gewesen, dass es 56 tote und 14 verletzte Taliban gegeben habe.

Unterdessen wurde bekannt, dass das Kanzleramt schon wenige Stunden nach dem Bombardement erste Hinweise auf zivile Opfer bekam. In einer am Morgen des 4. September 2009 intern im Kanzleramt versendeten Mail ist von 50 bis 100 toten Zivilisten die Rede.



Zeichnung: Rainer Hachfeld

gewesen. »Tricksereien muss ein Riegel vorgeschoben werden.« Fehlentwicklungen müssten durch Sanktionen bekämpft werden.

Europäische Kritik, Berlin sei in der Griechenland-Krise zu zögerlich, wies Merkel zurück. »Ein guter Europäer ist nicht unbedingt der, der schnell hilft«, sagte Merkel. Ein guter Europäer sei vielmehr jener, der die Stabilität Europas nicht gefährde. Die Kanzlerin betonte, düstere Vorhersagen für Athen seien bisher nicht eingetroffen. Das Land sei nicht zahlungsunfähig. Zudem wies sie Kritik anderer EU-Staaten zurück, Deutschland belaste mit seiner erfolgreichen Exportwirtschaft andere Staaten. Merkel rief die europäischen Partner auf, die Folgen der Finanzkrise gemeinsam zu bewäl-

tigen. Kein EU-Staat – das zeige sich jetzt im Fall Griechenland – könne außerordentliche Herausforderungen alleine meistern. Die SPD-Europapolitikerin Angelica Schwall-Düren warf Merkel eine »opportunistische Verhaltensweise« in der Griechenland-Krise vor. »Sie isolieren Deutschland in Europa«, sagte sie mit Hinweis auf die wochenlangen Diskussionen über die Form der Hilfen für Griechenland. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin kritisierte Merkel, sie habe die Krise in der EU mit ihrem Vorschlag verschärft, im Notfall Euronmitglieder aus der Währungsunion herauszuwerfen. LINKE-Fraktionschef Gregor Gysi forderte direkte Griechenland-Hilfen von der EU und nicht vom IWF.

Zu Beginn des EU-Gipfels in Brüssel einigten sich Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy auf den Rahmen für mögliche Milliardenhilfen für Griechenland. Dabei handelt es sich um freiwillige Kredite einzelner Euro-Länder und Finanzspritzen des IWF. Die Europäer sollten bei einer möglichen Rettung aber die Hauptrolle spielen. Das sagten EU-Diplomaten am Donnerstag nach einem Treffen der beiden Spitzenpolitiker in Brüssel. Auf diese harte Bedingung hatte Merkel in den Vorverhandlungen gedrungen.

Griechenlands Ministerpräsident Giorgos Papandreou stimmte den Angaben zufolge dem deutsch-französischen Vorschlag bereits zu.

## »Zahlreiche Zivilisten ums Leben gekommen«

BND informierte Kanzleramt wenige Stunden nach Angriff bei Kundus / Ex-Minister im Ausschuss



Ex-Minister Jung am Donnerstag im Fokus der Fotografen Foto: dpa/Kumm

Oppositionspolitiker werfen der Bundesregierung vor, möglicherweise wegen der damals bevorstehenden Bundestagswahl lange Zeit keine klaren Aussagen zu zivilen Opfern gemacht zu haben. Das Bundespresseamt wies am Donnerstag darauf hin, dass Kanzlerin Angela Merkel (CDU) »zu keinem

Zeitpunkt« zivile Opfer ausgeschlossen habe. Bei dem Bombardement auf zwei Tanklastzüge in Nordafghanistan wurden bis zu 142 Menschen getötet.

Die besagte Mail, die auch der dpa vorliegt, wurde an führende Beamte der für die Geheimdienste zuständigen Abteilung 6 im Kanz-

leramt versendet. Der Absender beruft sich auf ein »unverbindliches Erstinfo des BND«. »Vorfall kann sowohl kriminellen (Diebstahl von Treibstoff) als auch terroristischen (mögliche Nutzung für TER Anschlag) Hintergrund haben«, heißt es in der Mail. »Das Verheerende daran ist, dass dabei zahlreiche Zivilisten ums Leben gekommen sind (Zahlen variieren von 50 bis 100).« Das Bundespresseamt erklärte, die Mail und weitere Unterlagen seien dem Ausschuss übergeben worden.

Jung erklärte im Ausschuss weiter, dass er auch bei der Übergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger nicht detailliert auf Berichte zum Luftschlag eingegangen sei. Er habe dem neuen Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) nur allgemein gesagt, dass es unterschiedliche Berichte gebe. Guttenberg selber soll am 22. April aussagen. Einen Antrag der Opposition, ihn vor laufenden Fernsehkameras zu befragen, lehnte der Ausschuss allerdings mit der Mehrheit von Union und FDP ab.

## Mindestlohn für Pflege vereinbart

Weiter Unterschied zwischen Ost und West

Berlin (dpa/epd/ND). Für rund 800 000 Beschäftigte in Pflegeheimen und bei ambulanten Pflegediensten soll von Juli an ein Mindestlohn gelten. Dann soll für Pflegekräfte im Westen eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro gelten. In Ostdeutschland soll es mindestens 7,50 Euro pro Stunde geben, teilte der Arbeitgeberverband Pflege am Donnerstag in Berlin mit. Für Beschäftigte, die jetzt schon einen höheren Tariflohn bekommen, ändert sich nichts. Nach sechsmonatiger Beratung habe sich die zuständige Kommission einstimmig geeinigt. Der Mindestlohn muss noch vom Bundeskabinett bestätigt werden. Zum 1. Januar 2012 sowie zum 1. Juli 2013 soll sich der beschlossene Mindestlohn um jeweils 25 Cent erhöhen.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bezeichnete den Mindestlohn als »lange überfällig«. Einem »maßlosen Lohndumping« werde damit ein Riegel vorgeschoben, erklärte Bundesvorstandsmitglied Ellen Paschke. Forderungen nach einem höheren Mindestlohn sowie nach einheitlichen Sätzen für Ost und West seien am privaten Arbeitgeberverband und der Diakonie gescheitert. Der Mindestlohn war auch von der Arbeitgeberseite angestrebt worden. Die Pflegebranche befürchtet einen Unterbietungswettbewerb, da ab 2011 Pflegekräfte aus ganz Europa ihre Leistungen in Deutschland anbieten dürfen. *Kommentar Seite 8*

## Kurz

### China vor den USA

Washington (AFP). China hat einer Studie zufolge im vergangenen Jahr erstmals mehr Geld in saubere Energien gesteckt als die USA. Peking investierte 34,6 Milliarden Dollar in saubere Energien, die USA nur 18,6 Milliarden Dollar

### Bitte um Verzeihung

San Salvador (dpa). Der Präsident von El Salvador, Mauricio Funes, hat am Mittwoch öffentlich um Verzeihung für die Ermordung von Erzbischof Óscar Arnulfo Romero vor 30 Jahren gebeten. Romero war am 24. März 1980 durch einen Killer der sogenannten Todeschwadronen erschossen worden.

### Tödliche Autobombe

Bogotá (dpa). Bei einem der schwersten Autobombenanschläge in Kolumbien seit Jahren sind in der Hafenstadt Buenaventura am Pazifik mindestens neun Menschen getötet worden. Weitere etwa 50 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, als die in einem Auto versteckte Bombe in der Nähe des Rathauses detonierte.

### Noelle-Neumann tot

Allensbach (dpa). Die Gründerin des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, Elisabeth Noelle-Neumann, ist am Donnerstag im Alter von 93 Jahren gestorben. Noelle-Neumann gilt als Pionierin der Meinungsforschung.